

GEWÄHLTER MIGRANT/INNEN- BEIRAT

TOOLKIT FOR EQUALITY STÄDTISCHE POLITIK GEGEN RASSISMUS

European
Coalition
of Cities



against Racism



International Coalition
of Inclusive and
Sustainable Cities – ICCAR



Co-funded by
the European Union

TOOLKIT FOR EQUALITY STÄDTISCHE POLITIK GEGEN RASSISMUS

GEWÄHLTER MIGRANT/INNENBEIRAT

DIE STADT WIRD AKTIV IN IHREN FUNKTIONEN ALS

- **Demokratische Institution**
- Regelungsinstanz
- Arbeitgeberin
- Dienstleisterin
- Vertragspartnerin

ECCAR 10 PUNKTE AKTIONSPLAN

1. Verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus
2. Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Maßnahmen
3. Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung
4. **Bessere Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für die Bürger/innen**
5. Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen
6. Die Stadt als Arbeitgeberin und Dienstleisterin
7. Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt
8. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung
9. Förderung der kulturellen Vielfalt
10. Rassistische Gewalttaten und Konfliktmanagement

Das Projekt wurde vom ETC Graz koordiniert und mit den folgenden Partner/innen umgesetzt

Stockholm University – SU (Schweden)

University of Padova - Human Rights Centre - HRC Padova (Italien)

Centre for European Constitutional Law – CECL (Griechenland)

Otherness Foundation - NEKI (Ungarn)

Cidalia (Spanien)

European Coalition of Cities against Racism (ECCAR e.V.)

UNESCO als Mitglied von ICCAR

Herausgeber/innen: Isabella Meier, Ingrid Nicoletti, Klaus Starl, Paul Lappalainen

Veröffentlichung 2.0 Februar 2017, Graz – Stockholm - Potsdam

Das Toolkit for Equality wurde mit Hilfe der Europäischen Kommission, UNESCO, der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR), Open Society Foundation - At Home in Europe, ETC Graz und den Städten Bern, Bologna, Esch-sur-Alzette, Gent, Graz, Potsdam, Rotterdam, Wien und Zürich umgesetzt.

Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung des Rights, Equality and Citizenship (REC) Programme der Europäischen Union (ADPOLIS JUST/2014/RDIS/AG/DISC/8084) erstellt. Der Inhalt dieser Publikation liegt in der alleinigen Verantwortung des ETC Graz und seiner Partner/innen und spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Europäischen Kommission wider.

EINLEITUNG

Das Toolkit for Equality ist ein Handbuch für Städte zur Umsetzung kommunaler Politiken, die Rassismus und rassistischer Diskriminierung erfolgreich entgegenwirken. Das Toolkit bietet erfahrungsbasierte Schritt-für-Schritt Anleitungen zu konkreten Politiken, die die Umsetzung von der Planung bis hin zur Evaluierung unterstützen sollen. Der gesamte Inhalt beruht auf ausführlichen Interviews mit erfahrenen Verwaltungsmitarbeiter/innen, Politiker/innen, zivilgesellschaftlichen Akteur/innen und Vertreter/innen der Zielgruppen in einer Vielzahl Europäischer Städte.

Unser Ziel war es, möglichst konkrete Anregungen und praxisrelevante Ratschläge zu geben. Wir laden Sie ein, das Toolkit als gesammelte Erfahrung Ihrer Kolleg/innen aus anderen Städten zu lesen und daraus zu verwenden, was Ihnen für Ihre Stadt hilfreich erscheint.

Das Toolkit wäre nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung von Städten und der Erfahrung ihren Mitarbeiter/innen, die ihr Wissen und ihre Zeit mit uns geteilt haben. ECCAR und die Herausgeber/innen danken den teilnehmenden Städten sehr herzlich für ihre Beiträge und für ihre Gastfreundschaft, insbesondere:

Agia Varvara (Griechenland)	Madrid (Spanien)
Athen (Griechenland)	Malmö (Schweden)
Barcelona (Spanien)	Nantes (Frankreich)
Berlin (Deutschland)	Pécs (Ungarn)
Bern (Schweiz)	Potsdam (Deutschland)
Bilbao (Spanien)	Rotterdam (Niederlande)
Bologna (Italien)	Santa Cruz (Spanien)
Botkyrka (Schweden)	Sevilla (Spanien)
Budapest (Ungarn)	Toulouse (Frankreich)
Castilla-La Mancha (Spanien)	Turin (Italien)
Esch-sur-Alzette (Luxembourg)	Valencia (Spanien)
Gent (Belgien)	Wien (Österreich)
Graz (Österreich)	Zürich (Schweiz)

VORWORT

Das ECCAR Toolkit for Equality beinhaltet zwei Kapitel zu Politiken, die jenen Stadtbewohner/innen, die aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft nicht wahlberechtigt sind, ein Mindestmaß an politischer Repräsentation gewährleisten sollen.

Einer der beiden Ansätze - in diesem Kapitel vorgestellt - ist der **GEWÄHLTE MIGRANT/INNENBEIRAT**. Hier geht es um die Einrichtung eines städtischen **Beratungsgremiums mit von der Zielgruppe gewählten VertreterInnen**.

Ein anderer Ansatz - vorgestellt in einem eigenen Kapitel – ist das **MIGRANT/INNEN-FORUM**. Er folgt der Logik eines Bürger/innen-Dialogs in Form eines **partizipativen Forums**, um interessierte Stadtbewohner/innen (mit Migrationshintergrund) zur Diskussion ausgewählter Themen einzuladen.

Um Ihnen die Entscheidung zu erleichtern, welcher Ansatz für Ihre Stadt der geeignetere ist, haben wir die Stärken und Schwächen eines jeden Ansatzes in der nachfolgenden Tabelle gegenübergestellt:

GEWÄHLTER MIGRANT/INNENBEIRAT	MIGRANT/INNEN-FORUM
<ul style="list-style-type: none"> + Unabhängig in der Auswahl der zu bearbeitenden Themen - Kann nur unverbindliche Empfehlungen an die Stadt richten <p>Logik der Repräsentation: Die Idee des gewählten Migrant/innen-Beirat ist, das fehlende Wahlrecht von Nicht-EU Staatsbürger/innen zu „kompensieren“, indem diese ihre Vertreter/innen in ein Gremium wählen können</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Vorselektion der zu diskutierenden Themen durch die offiziellen Vertreter der Stadt + Klarer Auftrag zur Ausarbeitung von Vorschlägen zu einer bestimmten Fragestellung; damit verbunden Verpflichtung der Stadt zur Berücksichtigung dieser Maßnahmen <p>Logik der Teilhabe: Das Teilhabe-Forum gründet auf der Idee von Dialog und Teilhabe der Stadtbewohner/innen. Jeder Person wird als Experte/Expertin für ihre eigene Lebenssituation anerkannt – diese Alltagskompetenz wird als wertvolle Ressource in der Umsetzung politischer Programme angesehen. Jede interessierte Person ist eingeladen, an Diskussionen teilzunehmen. Dieses Forum ermöglicht die Einbindung einer breiten Vielfalt an Personen.</p>

GEWÄHLTER MIGRANT/INNENBEIRAT

WARUM IST ES NOTWENDIG? 10

VORBEREITEN 12

PPLANUNG UND EINBINDUNG DER RELEVANTEN AKTEUR/INNEN 12

Schritt Vernetzung 12

Schritt Politische Unterstützung 12

Schritt Arbeitsgruppe zur konzeptionellen Vorbereitung 12

KONZEPT ENTWICKELN 13

Schritt Sichten Sie die einschlägigen Gesetze 13

Schritt Entwickeln Sie das Statut des Beirats 13

KONZEPT 14

Umsetzung, Rechte und Pflichten 14

Stimmrecht, Kandidatur 15

Geschäftsordnung 15

Wahltag, Wahlverfahren, Wahl, Wahlergebnisse 16

Wähler/innenverzeichnis 16

Schritt Anpassung bestehender Regelungen oder Geschäftsordnungen 17

Schritt Budgetkalkulation 17

Schritt Politische Verhandlungen 17

NACHHALTIGKEIT 19

Schritt Rechtliche Grundlage 19

UMSETZEN 20

Schritt Anweisung der örtlichen Wahlbehörden 20

Schritt Informieren Sie die Migrationsbevölkerung 20

Schritt Richten Sie eine Geschäftsstelle ein 22

Schritt Wahlen 23

TÄGLICHE ARBEIT	24
Regelmäßige Treffen	24
<hr/>	
DRANBLEIBEN	25
<hr/>	
Outreach-Arbeit	25
SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG	30
WIRKUNG UND ERGEBNIS	31
QUELLEN UND BEISPIELE	32

GEWÄHLTER MIGRANT/INNENBEIRAT

Ein Migrant/innenbeirat ist ein Instrument, um Stadtbewohnern/innen, die aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft bei Kommunalwahlen nicht wahlberechtigt sind, ein Minimum an politischer Vertretung zu ermöglichen. Der in diesem Kapitel vorgestellte Migrant/innenbeirat hat die Form eines beratenden Gremiums, dessen Mitglieder von der Zielgruppe gewählt werden. Die Gründung eines Migrant/innenbeirats zielt darauf ab, die gesellschaftliche und politische Teilhabe sowie den Austausch von Fachwissen zu stärken, um gemeinsam an einem guten Zusammenleben der Stadtbevölkerung zu arbeiten.

Die Gründung eines Migrant/innenbeirats kann niemals das Wahlrecht ersetzen. Der Beirat ist lediglich ein partizipatives Instrument, mit dem eine Stadt die Mitbestimmung verbessern kann, solange die nationalen Gesetze bestimmte Stadtbewohner/innen vom aktiven oder passiven Wahlrecht ausschließen.

Das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (ICERD) definiert als **„rassische Diskriminierung“** **„jede auf Rasse, Hautfarbe, Abstammung oder nationale oder ethnische Herkunft gründende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung (...)“**.

„**Unterscheidung**“ bedeutet, eine Person auf Basis von Hautfarbe, Abstammung, Geburt, Religion oder Sprache (verbunden mit biologischen und kulturellen Zuschreibungen) als „anders“ zu definieren und damit ungleiche Rechtsansprüche auf struktureller Ebene zu rechtfertigen. Das Gegenteil von Unterscheidung ist „Gleichstellung“. „Gleichstellung“ ist sowohl als Status als auch Prozess zu verstehen.

„**Ausschließung/Exklusion**“ heißt, jemandem den Zugang zu und Genuss von Menschenrechten zu verwehren. Die Europäische Union hat den von der ILO verwendeten Begriff der „sozialen Ausgrenzung“ übernommen, die Definition aber noch erweitert: soziale Ausgrenzung findet immer dann statt, wenn Personen aufgrund der „**Verwehrung der bürgerlichen, politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Rechte**“ an der Gesellschaft nicht vollwertig teilhaben und betragen können. Ausgrenzung wird auf eine „**Kombination an miteinander verbundenen Problemen, wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit, geringer Qualifikation, niedriger Entlohnung, unzureichender Wohnbedingungen, schlechter Gesundheit und Auseinanderbrechen von Familien**“ zurückgeführt. Gesellschaftliche Teilhabe ist sowohl eine Voraussetzung für Menschenrechte als auch eines ihrer wesentlichen Ziele. Das Gegenteil von Ausgrenzung ist „Inklusion“.

„**Beschränkung**“ meint eine Einschränkung des vollen Genusses der Menschenrechte in der Praxis. Das Gegenteil bedeutet, „Chancengleichheit“ vorzufinden.

„*Bevorzugung*“ privilegiert eine Person gegenüber einer anderen aufgrund ihrer Hautfarbe, (ethnischen) Herkunft, Geburt, Religion oder Sprache. Im Gegenzug wird die andere Person gegenüber der ersten benachteiligt. Das positive Gegenstück dazu ist „Gleichbehandlung“.

Eine erfolgreiche Politik gegen rassistisch motivierte Diskriminierung muss daher zum positiven Gegenteil dieser vier Diskriminierungsdimensionen beitragen: **Diskriminierung entgegenzuwirken bedeutet, Gleichstellung, Inklusion, Chancengleichheit und Gleichbehandlung zu stärken.**

→ Ein **GEWÄHLTER MIGRANT/INNENBEIRAT** wirkt gegen Diskriminierung indem er **Teilhabe** fördert, um **Diskriminierung** im Genuss der Menschenrechte zu **verhindern**.

Artikel 25 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte beschränkt das aktive und passive Wahlrecht auf Staatsangehörige („Bürger/innen“). Der Europarat fördert jedoch die Teilhabe von Ausländer/innen durch das „Europäische Übereinkommen über die Beteiligung von Ausländern am kommunalen öffentlichen Leben“. EU-Bürger/innen sind in anderen Mitgliedsstaaten auf kommunaler Ebene wahlberechtigt. Einige EU-Mitgliedstaaten haben auch Nicht-EU-Bürger/innen ein Wahlrecht bei kommunalen Wahlen eingeräumt.

KONTEXT

Das folgende Kapitel beruht auf Interviews mit Verantwortlichen und Mitgliedern der Migrant/innenbeiräte in Athen (Griechenland) und Graz (Österreich) sowie auf Informationen der Stadt Potsdam (Deutschland) und der Dachorganisation der Beratungsgremien über Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz, Deutschland).

In etwa einem Dutzend europäischer Länder dürfen Nicht-Unionsbürger/innen bei kommunalen, regionalen oder nationalen Wahlen nicht wählen.

WARUM IST ES NOTWENDIG?

Jede Person, die dauerhaft in einer Stadt lebt, sollte die Möglichkeit haben, an Entscheidungsprozessen in ihrer Stadt teilzunehmen. Die Möglichkeit der Teilhabe stärkt das Zugehörigkeitsgefühl zur Stadt und ein Gefühl der Verantwortung. Um ein respektvolles Zusammenleben in der Stadt zu gewährleisten, ist es wichtig, mit den Bewohner/innen zu sprechen und nicht nur *über* sie.

Wie profitiert die Stadtregierung?

- Der Migrant/innenbeirat unterstützt die lokalen Entscheidungsträger/innen mit seinem Wissen und Verständnis für die Anliegen und Bedürfnisse der Migrationsbevölkerung.
- Der Beirat unterstützt die Stadt durch Empfehlungen an Politiker/innen und die Verwaltung. Der Beirat übernimmt eine vermittelnde Rolle zwischen den Stadtbehörden und migrantischen Bevölkerungsgruppen.
- Der Beirat ist ein positives Signal für Stadtbewohner/innen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, dass ihre Vorschläge und ihr Engagement für ein gutes Zusammenleben in der Stadt willkommen geheißen und auch erwartet werden.
- Der Beirat ist ein kontinuierlicher Kommunikationskanal zwischen der Stadt und ihren „ausländischen“ (i.S.v. nicht die Staatsbürgerschaft besitzenden) Bewohnern/innen, um
 - die Kenntnisse der Bewohner/innen über das politische und administrative System der Stadt zu verbessern,
 - das Wissen der lokalen Politik/innen und Verwaltungsmitarbeiter/innen von den Lebenssituationen nicht-stimmberechtigter Bewohner/innen zu erhöhen, und
 - das Verständnis der Stadtbewohner/innen für die Entscheidungen und Vorschriften der Stadtbehörden, und damit deren Einhaltung, zu erhöhen
- Der Beirat entwickelt praktische Empfehlungen für die tatsächliche Umsetzung einer – meist recht theoretisch formulierten – „Integrationspolitik“ der Stadt.
- Der konstruktive Austausch zwischen den Mitgliedern des Migrant/innenbeirats und der Stadtverwaltung hilft dabei, gegenseitige Vorurteile abzubauen.

Wie profitieren die nicht-wahlberechtigten Stadtbewohner/innen?

- Der Beirat bietet ein Minimum an politischer Vertretung für eine Bevölkerungsgruppe, die sonst aus dem politischen Prozess ausgeschlossen ist.
- Der Beirat schafft Bewusstsein bei der Stadtregierung über die Anliegen und Bedürfnisse von Migrant/innen.
- Der Beirat ist ein Sprachrohr für Anliegen der Communities.
- Der Beirat informiert Migrant/innen über politische und administrative Prozesse und Programme in der Stadt.
- Politisch interessierte Personen können in der Stadtpolitik eine aktive Rolle spielen.
- Der Beirat regt politisches Handeln an, durch Empfehlungen und Lobbyarbeit innerhalb und außerhalb der politischen Parteien.
- Der Beirat kann die Standpunkte, Vorschläge und Definitionen von Migrant/innen zum Thema ‚erfolgreiche Integration‘ vermitteln. Die Bemühungen von Migrant/innen werden sichtbarer.

- Die Rechte der Migrant/innen werden gefördert. Migrant/innen werden in Politik und Gesellschaft sichtbarer.
- Die Bevölkerung profitiert von konkreten Programmen und Projekten des Beirats (z.B. Informationsveranstaltungen, Nachbarschaftsprojekten).
- Das Engagement im Migrant/innenbeirat kann ein Sprungbrett für eine politische Karriere nach Erlangung der Staatsbürgerschaft sein.

EINSCHRÄNKUNGEN

Die Gründung eines Beirats kann niemals ein Ersatz für das Wahlrecht bei regulären Wahlen sein. Ein Migrant/innenbeirat als beratendes Gremium gibt der Migrant/innenbevölkerung eine Möglichkeit, gehört zu werden. Als beratendes Gremium ist der Einfluss auf die politischen Entscheidungen aber sehr begrenzt. Der Beirat kann auch keine Intervention in Einzelfällen anbieten; er kann nicht die bürokratischen Barrieren überwinden, auf die Migrant/innen in einer Stadt stoßen, sondern nur innerhalb ihrer Grenzen arbeiten. Wegen dieser begrenzten Befugnisse könnten die Beiratsmitglieder mit enttäuschten Erwartungen seitens ihrer Zielgruppe konfrontiert werden.

VORBEREITEN

PLANUNG UND EINBINDUNG DER RELEVANTEN AKTEUR/INNEN

1

SCHRITT Vernetzung

Unterstützen Sie die Vernetzung von Migrant/innen, die sich initiativ für die Einrichtung eines Migrant/innenbeirats einsetzen wollen. Vermitteln Sie Kontakte zwischen Migrant/innen, Migrant/innenverbänden und lokalen NGOs.

2

SCHRITT Politische Unterstützung

Finden und binden Sie Politiker/innen ein, die bereit sind, das Thema zu unterstützen.

3

SCHRITT Arbeitsgruppe zur konzeptionellen Vorbereitung

Bilden Sie eine Arbeitsgruppe von motivierten Personen, die die notwendige Beharrlichkeit mitbringen, um den Prozess bis zum Ziel zu tragen – Personen, die sich vernetzen und Lobbyarbeit und Verhandlungen innerhalb der Migrant/innengemeinschaften ebenso wie unter den städtischen Verantwortlichen leisten. Informieren Sie alle organisierten Migrant/innenverbände über das Vorhaben und laden Sie sie zur Teilnahme ein.

Der Arbeitsgruppe sollten angehören: Migrant/innen, Migrant/innenverbände, relevante lokale NGOs und lokale Politiker/innen.

Die Arbeitsgruppe soll in regelmäßigen Treffen ein Konzept für die spezifischen Aufgaben und Befugnisse des Migrant/innenbeirats entwickeln.

RISIKEN, HERAUSFORDERUNGEN

Unterschiedliche Wahrnehmungen und Ansichten unter den Mitgliedern der Arbeitsgruppe. Konflikte zwischen Migrant/innenvereinen oder zwischen Communities.

LÖSUNGSANSÄTZE

Beziehen Sie Mitarbeiter/innen aus erfahrenen NGOs in die Arbeitsgruppe ein, die in den Arbeitstreffen eine Rolle als neutrale Vermittler/innen übernehmen können.



RISIKEN, HERAUSFORDERUNGEN**LÖSUNGSANSÄTZE**

Neu angekommene Migrant/innen haben erst wenig Kenntnis von den lokalen politischen Strukturen und der Verwaltungsorganisation.

Beziehen Sie Migrant/innen ein, die schon längere Zeit in der Stadt leben und/oder gute Kenntnisse der lokalen politischen Landschaft haben. Binden Sie lokale NGOs ein, die Erfahrung in der Kooperation mit städtischen Stellen haben.

Fluktuation der Arbeitsgruppenmitglieder

Rechnen Sie damit, dass Mitglieder wechseln/nur sporadisch teilnehmen etc.
- die Arbeit ist ehrenamtlich

KONZEPT ENTWICKELN

4

SCHRITT Sichten Sie die einschlägigen Gesetze

Die gesetzlichen Bestimmungen über die Befugnisse der Stadt bilden die Grundlage und stecken den Rahmen ab, in dem die Stadt einen Migrant/innenbeirat einrichten kann. Beachten Sie auch die geltenden Wahlordnungen.

5

SCHRITT Entwickeln Sie das Statut des Beirats

Diskutieren Sie die Rechte und Pflichten, die der Migrant/innenbeirat in der Stadt haben soll. Verhandeln Sie einen Konsens über den Zweck, die Ziele und die Geschäftsordnung des Beirats. Das Statut sollte enthalten:

KONZEPT

Umsetzung, Rechte und Pflichten

Empfohlene Aufgaben des Beirats:

- die kommunalen Behörden durch Analysen, Empfehlungen und Stellungnahmen beraten
- Migrant/innen über die Agenda der Stadt informieren
- die Interessen der Migrant/innen in der Stadt vertreten
- ein friedliches und respektvolles Zusammenleben aller Bewohner/innen fördern
- die Zielgruppe über die Aktivitäten des Migrant/innenbeirats informieren
- einen Jahresbericht über die Aktivitäten und Empfehlungen veröffentlichen
- die Bedeutung der gleichen Rechte und Chancen bei allen Aktivitäten der Stadt einmahnen

Empfohlene Rechte/Befugnisse des Beirats:

Das Mandat des Migrant/innenbeirats wird üblicherweise auf „Angelegenheiten, die Migrant/innen betreffen“ beschränkt.

Tipp! Achten Sie auf diese Formulierung, denn das Verständnis für den Begriff der „Angelegenheiten, die Migrant/innen betreffen“ kann entscheidend dafür sein, ob der Migrant/innenbeirat eine echte Vertretungs- oder nur eine Alibi-Funktion hat. Die Auslegung reicht von rein migrationsspezifischen Angelegenheiten bis hin zu praktisch allen Angelegenheiten – da grundsätzlich alle Entscheidungen der Stadt (auch) die Migrationsbevölkerung betreffen. Eine echte Interessenvertretung wird am ehesten erreicht, wenn bei allen Themen die möglichen Konsequenzen für die Migrationsbevölkerung berücksichtigt werden können. Um ein Beispiel zu nennen: Verkehr&Mobilität mag auf den ersten Blick nicht als relevantes Thema für den Migrant/innenbeirat gesehen werden, aber in Wirklichkeit könnten gerade Stadtbezirke mit einem höheren Prozentsatz von Migrant/innen bei der Verkehrsanbindung benachteiligt sein.

- Das Recht, schriftliche Erklärungen und Vorschläge vorzulegen. Diese Eingaben müssen von den zuständigen städtischen Stellen berücksichtigt werden und müssen innerhalb eines festen Zeitraums beantwortet werden.
- Das Recht, alle Protokolle, Gesetzentwürfe und Vorschläge von den städtischen Gremien zu erhalten.
- Das Recht, an den offiziellen Ausschüssen und Arbeitsgremien der Stadt teilzunehmen.
- Wenn die Stadt eingeladen ist, eine Stellungnahme zu Gesetzesentwürfen auf regionaler oder nationaler Ebene abzugeben, muss der Beirat davon unterrichtet und seine Meinung zum Entwurf berücksichtigt werden.
- Die Stadtverwaltung muss den Beirat bei der Entwicklung von Projekten und Initiativen einbeziehen.

- Das Recht, dem städtischen Entscheidungsgremium („Stadtparlament“) eine Angelegenheit zur Diskussion vorzulegen (unter Umständen über Einbringen des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin).
- Das Recht, im städtischen Entscheidungsgremium zu sprechen (zumindest einmal jährlich).
- Das Recht, Petitionen beim städtischen Entscheidungsgremium einzubringen.

Stimmrecht, Kandidatur

Der Migrant/innenbeirat ist ein Instrument zur politischen Beteiligung von Migrant/innen, die bei Kommunalwahlen nicht wahlberechtigt sind. Im engeren Sinne folgt daraus, dass nur Nicht-EU-Staatsangehörige für den Migrant/innenbeirat kandidieren und abstimmen können.

Nachteil: Die Beschränkung des passiven Wahlrechts auf Drittstaatsangehörige kann zu Schwierigkeiten bei der Suche nach genügend qualifizierten Kandidat/innen führen. Personen, die erst relativ kurze Zeit in der Stadt leben sind mit den politischen Strukturen der Stadt weniger vertraut und verfügen meist noch nicht über die notwendigen Kontakte und Netzwerke für die politische Arbeit. Das Erlernen der Sprache des Landes braucht Zeit. Durch die Beschränkung verliert der Beirat auch erfahrene Mitglieder, sobald politisch interessierte Langzeitbewohner/innen die Staatsbürgerschaft des Landes annehmen.

Um qualifizierte Personen im Beirat halten zu können, besprechen Sie die folgenden Alternativen:

- Aktives Wahlrecht für Drittstaatsangehörige. Kandidatur (passives Wahlrecht) für Drittstaatsangehörige und eingebürgerte ehemalige Drittstaatsangehörige (die ansonsten ausgeschlossen wären, da sie nun regulär stimmberechtigt sind).
- Aktives und passives Wahlrecht für alle ausländischen Staatsangehörigen, einschließlich EU-Staatsangehörige.
- Aktives Wahlrecht für Drittstaatsangehörige. Kandidatur (passives Wahlrecht) für eingebürgerte ehemalige Drittstaatsangehörige und/oder Staatsbürger/innen mit Migrationshintergrund und/oder den genannten Gruppen und ihren Kindern, und/oder alle Stadtbewohner/innen.
- Wahlrecht für Drittstaatsangehörige und für eingebürgerte ehemalige Drittstaatsangehörige und/oder Staatsbürger/innen mit Migrationshintergrund und/oder den genannten Gruppen und ihre Kinder. Kandidatur (passives Wahlrecht) für eingebürgerte ehemalige Drittstaatsangehörige und/oder Staatsbürger/innen mit Migrationshintergrund und/oder den genannten Gruppen und ihren Kindern, und/oder alle Stadtbewohner/innen.

Der Beirat sollte in jedem Fall seinen Charakter als Einrichtung zur politischen Beteiligung für nicht-wahlberechtigte Migrant/innen behalten und daher diese Zielgruppe vorrangig berücksichtigen, z.B. indem die Mehrheit der Sitze im Beirat für Kandidat/innen mit Drittstaatsangehörigkeit reserviert ist.

Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung sollte die folgenden Punkte klären:

- Mitgliedschaft, Bedingungen für die Mitgliedschaft und die Wiederwahl (einschließlich der Präsidentschaft),
- Zusammenkünfte (Häufigkeit: Es wird empfohlen, dass sich der Rat mindestens einmal im Monat trifft), das Recht, Treffen einzuberufen,
- Verfahren zur Entscheidungsfindung,
- Einrichtung, Personal und Aufgaben einer Geschäftsstelle.

Es kann auch vorgesehen sein, dass Fachleute als beratende Mitglieder eingeladen werden können, um dem Rat rechtliche oder andere fachspezifische Unterstützung zukommen zu lassen.

Wahltag, Wahlverfahren, Wahl, Wahlergebnisse

Die Wahlen zum Migrant/innenbeirat sollen parallel zu den regulären Kommunalwahlen – am selben Tag und nach den gleichen Verfahren – stattfinden.

Wähler/innenverzeichnis

Die Wahlbehörden müssen ein Wähler/innenverzeichnis einrichten.

Tipp! Die Erstellung des Wähler/innenverzeichnisses kann sich aus Mangel an Daten bzw. aus Gründen des Datenschutzes schwierig gestalten. Die Wahlbehörden haben in der Regel Daten über die Staatsbürgerschaft, aber nicht über den Migrationshintergrund der eingebürgerten oder einheimischen Bürger/innen. Wenn auch andere Personengruppen außer Drittstaatsangehörigen stimmberechtigt sein sollen, ist unter Umständen eine freiwillige Eintragung dieser Personen in das Wähler/innenverzeichnis notwendig.

Aufgabenliste für den Migrant/innenbeirat:

Intern:

- Ausarbeitung eines Arbeitsprogramms für die Funktionsperiode
- Regelmäßige Treffen
- Aufbau und Erhalt von Kontakten zu Migrant/innen und Migrant/innenverbänden
- Vernetzung zu städtischen Entscheidungsträger/innen, Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung und NGOs

An die lokalen Behörden und Politiker/innen gerichtet:

- Durchsicht von Dokumenten und Materialien (z.B. Sitzungsprotokolle, Programmentwürfe)
- Vorbereitung auf Sitzungen der städtischen Gremien
- Ausarbeitung von Stellungnahmen, Vorschlägen und Empfehlungen und Übermittlung dieser an die Stadtregierung
- Aktive Teilnahme an Ausschüssen, Gremien und anderen Komitees
- Lobbyarbeit und Vernetzung

An die Migrationsbevölkerung gerichtet:

- Vernetzung, persönlicher Kontakt und gegenseitiger Austausch mit Migrant/innenverbänden und Diaspora-Organisationen
- Sammeln von Anliegen und Meinungen aus den Communities; Verarbeitung dieser Anregungen zu Empfehlungen an die offizielle Stadt
- Information an die Mitglieder der Communities über den Migrant/innenbeirat und seine Aufgaben
- Entwicklung, Organisation und Durchführung von Projekten und Veranstaltungen
- Vorbereitung von Wahlen, Information über die Wahlen und das Prozedere zur Kandidatur
- Förderung der aktiven Beteiligung der Communities, Koordinierung der unterschiedlichen Interessen

An die Gesamtbevölkerung der Stadt gerichtet:

- Öffentlichkeitsarbeit
- Veröffentlichung von Stellungnahmen in lokalen Zeitungen
- Information über Anliegen der Migrant/innen
- Projekte und Veranstaltungen

6

SCHRITT Anpassung bestehender Regelungen oder Geschäftsordnungen

Integrieren Sie die Regelungen über die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Migrant/innenbeirat (die Befugnisse und gegenseitigen Rechte und Pflichten) in die entsprechenden städtischen Regelwerke.

7

SCHRITT Budgetkalkulation

Geschäftsstelle: Die teilnehmenden Städte empfehlen für die Geschäftsstelle zumindest eine Vollzeitstelle pro 10.000 vertretenen Personen (in einer Stadt mit etwa 30.000 Migrant/innen würde das 3 Vollzeitbeschäftigungsstellen bedeuten). Dies ist notwendig, um eine ausreichende Reichweite und Informationstätigkeit zu gewährleisten.

Rechnen Sie zusätzlich etwa 30% an Kosten für Projekte, Informationsmaterial, Aufwandsentschädigungen für die gewählten Beiratsmitglieder und für Veranstaltungen.

Zusätzlich bedarf es geeigneter Büroräumlichkeiten - in einer gut zugänglichen Lage – mit EDV, Telefon und Internetanschluss.

Beiratsvorsitz: Es ist eine große Herausforderung für die gewählten Mitglieder, eine gute politische Arbeit auf ehrenamtlicher Basis durchzuführen. Einer Person, die einer Vollzeitbeschäftigung nachgeht (unter Umständen mit mehr als der Normalarbeitszeit, da gerade Drittstaatsangehörige häufig Schwierigkeiten haben, einen angemessen entlohnten Job zu finden) fehlt es an den zeitlichen Ressourcen für politische Arbeit, für Vernetzung und Outreach-Arbeit in der eigenen Zielgruppe. Finanzieren Sie daher ein oder zwei Teilzeitstellen für gewählte Beiratsmitglieder, um eine fundierte politische Arbeit zu ermöglichen.

8

SCHRITT Politische Verhandlungen

Bewerben und verhandeln Sie die Initiative, um die Akzeptanz und die notwendige Mehrheit für die Umsetzung des Migrant/innenbeirats zu erreichen.

RISIKEN, HERAUSFORDERUNGEN

LÖSUNGSANSÄTZE

Gegner/innen der Idee wollen nicht, dass Migrant/innen Einfluss auf die Stadtpolitik nehmen können

Langfristige Sensibilisierung für eine breite Zielgruppe und in der Bevölkerung

Politiker/innen und lokale Behörden sind skeptisch oder missbilligen die Initiative

Beziehen Sie interessierte Vertreter/innen aus der Politik und der Verwaltung in die Arbeitsgruppe ein, die dann in ihren eigenen Netzwerken verhandeln. Informieren Sie Mitglieder aller Parteien über die Initiative, und bemühen Sie sich um eine breite Zustimmung. Es sollte nicht das Ziel sein, 50 + 1 Stimmen zu erreichen, sondern die Entscheidungsträger/innen umfassend zu überzeugen. Dies schafft eine bessere Grundlage für die spätere Arbeit des Beirats.

Gegenargument: „Die Stadt hat nicht genug Ressourcen“

Ein Migrant/innenbeirat kann mit einem sehr kleinen Budget umgesetzt werden. Im Gegenzug profitiert die Stadt von der Expertise des Beirates, die sie sich andernfalls teuer von Expert/innen beschaffen müsste.
Verhandeln Sie das Budget des Migrant/innenbeirats als festen Bestandteil des jährlichen Finanzplans.

Gegenargument: „Die Stadt hat dringendere Aufgaben und Sorgen“

Mitglieder der Migrant/innen-Communities verfügen über benötigtes Fachwissen und bieten der Stadt durch den Migrant/innenbeirat die Zusammenarbeit an. Sozialer Zusammenhalt muss ein zentrales Anliegen jeder Stadt sein.

NACHHALTIGKEIT

9

SCHRITT Rechtliche Grundlage

Es bedarf einer Entscheidung des Stadtparlaments zur Einrichtung des Migrant/innenbeirats. Die Nachhaltigkeit der Migrant/innenbeiräte auf kommunaler Ebene kann durch entsprechende Bestimmungen auf regionaler oder nationaler Ebene verankert werden. Hier kann vorgesehen werden, dass lokale Gebietseinheiten mit bspw. mehr als 1000 Einwohner/innen mit Drittstaatsangehörigkeit einen Migrant/innenbeirat einzurichten haben.

RISIKEN, HERAUSFORDERUNGEN

Die lokale Ebene entschließt sich irgendwann, den Beirat wieder abschaffen zu wollen.

LÖSUNGSANSÄTZE

Verhandeln Sie parallel mit Entscheidungsträger/innen auf regionaler oder nationaler Ebene, um den Migrant/innenbeirat in übergeordneten Gesetzen zu verankern. Die gesetzliche Absicherung auf dieser Ebene sichert die Unabhängigkeit und den Bestand des Migrant/innenbeirats.



UMSETZEN

10

SCHRITT Anweisung der örtlichen Wahlbehörden

Die Wahlen zum Migrant/innenrates sollten mit den allgemeinen Kommunalwahlen verbunden sein. Sie sollten parallel abgehalten werden und den gleichen Verfahren folgen. Deshalb muss die örtliche Wahlbehörde mit der Durchführung der Wahlen zum Migrant/innenbeirat beauftragt werden. Sie muss ein Wähler/innenverzeichnis erstellen, die berechtigten Wähler/innen offiziell über die Wahl informieren, die Kandidat/innenlisten vorlegen und schließlich die Stimmen auszählen lassen.

11

SCHRITT Informieren Sie die Migrationsbevölkerung

Für die erste Wahl sollte die vorbereitende Arbeitsgruppe die Kommunikation an die Migrant/innen und Community-Verbände übernehmen. Sie muss die Zielgruppe über den neu einzurichtenden Beirat und die Wahl informieren, das Verfahren erläutern und die Menschen ermutigen, zu kandidieren bzw. zur Wahl zu gehen. Bei nachfolgenden Wahlen übernimmt der Migrant/innenbeirat und dessen Geschäftsstelle die Wahlvorbereitung.

Tipp! Es ist empfehlenswert, eine Vielfalt an Kandidat/innen aufzustellen – Frauen und Männer, jüngere und ältere Menschen, mit unterschiedlicher Herkunft, Religion und politischer Orientierungen. Sprechen Sie aktiv potenziellen Kandidat/innen an und laden Sie über entsprechende Kanäle zur Kandidatur ein (z.B. über Frauengruppen). Geben Sie interessierten Personen realistische Informationen:

- über die Zeit, die benötigt wird, um die Aufgaben zu erfüllen und
- über den Inhalt der Pflichten und die begrenzten Befugnisse des Migrant/innenbeirats.

Voraussetzungen für Kandidat/innen:

Habe ich genug Zeit zur Verfügung?

Der Migrant/innenbeirat hält regelmäßige Treffen ab. Die Treffen machen jedoch nur einen geringen Prozentsatz der Arbeitsbelastung aus, zusätzliche zeitaufwändige Aufgaben sind die Organisation von Veranstaltungen, die Vorbereitung von Stellungnahmen, Lobbyarbeit, Vernetzungsaktivitäten etc. Veranstaltungen und Projekte finden mitunter abends und am Wochenende statt.

Welche Qualifikationen werden verlangt?

Engagement und Verantwortungsbereitschaft, Geselligkeit und Offenheit, die Fähigkeit, in Teams zu arbeiten und den anderen Mitgliedern des Migrant/innenbeirats gegenüber loyal zu sein, Kritikfähigkeit, die Fähigkeit, Konflikte in sachlicher Weise zu behandeln und Kompromisse einzugehen.

Die Kandidat/innen sollten sich bewusst sein, dass sie eine politische Tätigkeit durchführen und sich für die gesamte Wahlperiode verpflichten.

Zusätzliche Anforderungen an den/die Vorsitzende/n des Migrant/innenbeirats:

Politische Kenntnisse und Fähigkeiten, Kenntnis der lokalen Strukturen und der politischen Landschaft, Fähigkeit, als Brücke zwischen den Migrant/innen-Communities sowie zwischen den Mitgliedern des Migrant/innenbeirats zu vermitteln, die Fähigkeit, die Positionen des Migrant/innenbeirats zu vertreten und mit der Politik zu verhandeln.

RISIKEN, HERAUSFORDERUNGEN

LÖSUNGSANSÄTZE

Datenschutzfragen bei der Erstellung des Wähler/innenverzeichnisses.

Die Wahlbehörden haben in der Regel Daten über die Staatsbürgerschaft, aber nicht den Migrationshintergrund der eingebürgerten Stadtbewohner/innen. Wenn sie in der Wahl zum Migrant/innenbeirat stimmberechtigt sind, müssen sie eingeladen werden, sich im Wähler/innenverzeichnis registrieren zu lassen.

Der Migrant/innenbeirat ist unter den Migrant/innengemeinschaften in der Stadt nicht bekannt

Einrichtung einer Geschäftsstelle, die leicht zugänglich ist. Outreach-Arbeit, Besuch von Migrant/innenverbänden und Information über die Aufgaben des Beirates.

Zu wenige Kandidat/innen lassen sich aufstellen.

Outreach-Arbeit: Besuchen Sie Migrant/innenorganisationen, motivieren Sie diese, Listen zu bilden und Wahlkampagnen durchzuführen. Organisieren Sie Workshops in Migrant/innenverbänden, um Themen anzusprechen, wie „Was bedeutet es zu kandidieren? Welche Qualifikationen sind nötig? „.

12

SCHRITT Richten Sie eine Geschäftsstelle ein

Richten Sie eine Geschäftsstelle an einem gut zugänglichen Ort ein.

RISIKEN, HERAUSFORDERUNGEN

Suche nach qualifiziertem Personal für die Geschäftsstelle des Migrant/innenbeirats

LÖSUNGSANSÄTZE

Suchen Sie nach einer Person aus der Zielgruppe des Migrant/innenbeirats, die Erfahrung im Projekt- und Personalmanagement, organisatorische Fähigkeiten und Kenntnisse über die Struktur der lokalen politischen Landschaft und Verwaltung hat.

13

SCHRITT Wahlen

Durchführung der Wahlen zum Migrant/innenbeirat parallel zu den Kommunalwahlen.

RISIKEN, HERAUSFORDERUNGEN

Geringe Wahlbeteiligung. Mangelnder Anreiz für Migrant/innen zur Teilnahme, da ihre Wünsche seit langem nicht anerkannt werden. Die Leute denken, dass sie ihre Zeit verschwenden, wenn sie teilnehmen.

LÖSUNGSANSÄTZE

Durch die Stadt: Ausreichende Ressourcen an den Migrant/innenbeirat, um angemessene Kampagnen- und Wahlinformation zu ermöglichen. Fördern Sie Wahlen über offizielle Stadtkanäle und fragen Sie den Migrant/innenbeirat, wie man die Zielgruppen am besten erreicht (z.B. Übersetzung von Wahlinformationen in verschiedene Sprachen, Verbreitung von Informationsmaterial).

Durch den Beirat: Outreach-Arbeit, Wahlkampf, Bewusstseinsarbeit zu den Aufgaben und das Potenzial des Migrant/innenbeirats und die Vorteile der Wahlen. Geben Sie Inspiration durch Beispiele und Biographien von Migrant/innen, die es geschafft haben, Verbesserungen in der Stadt zu erreichen.

RISIKEN, HERAUSFORDERUNGEN

LÖSUNGSANSÄTZE

Kritik, dass eine geringe Wahlbeteiligung ein Zeichen für eine geringe Legitimation des Beirates ist.

Die Wahlbeteiligung bei anderen Arten von Wahlen, wie Volksabstimmungen, ist oft noch niedriger, ohne dass die Ergebnisse deswegen als undemokratisch in Frage gestellt würden. Der Migrant/innenbeirat ist ein beratendes Gremium und als solches ein Werkzeug für mehr Teilhabe, aber er ist kein gesetzgebendes Gremium. Auch wenn nur eine kleine Anzahl von Wähler/innen teilnimmt, ist dies immer noch eine demokratischere Art, Vertreter/innen auszuwählen, als die Ernennung von Kandidat/innen ohne Wahlgang.

Die Listen werden nach ethnischen Gruppen gebildet.

Bewusstseinsarbeit und das Bemühen, Verbindungen zwischen den Migrant/innen-Communities und -Vereinen zu knüpfen. Kommunizieren Sie, dass politische Positionen stärker sind, wenn sie nicht einer bestimmten ethnischen Gruppe zugeschrieben werden, sondern als gemeinsames Anliegen präsentiert werden. Zum Beispiel ist ein wichtiges gemeinsames Interesse die Notwendigkeit, ethnischen Diskriminierung und Rassismus entgegenzuwirken. Langfristig sollte das Ziel sein, inhaltliche und nicht ethnische Listen zu bilden.

TÄGLICHE ARBEIT

Regelmäßige Treffen

Der Beirat sollte sich mindestens einmal im Monat treffen - häufigere Treffen werden empfohlen - um alle relevanten Fragen und aktuelle Entwicklungen in der Stadtpolitik zu diskutieren. Es liegt in der Verantwortung des/der Vorsitzenden, die Diskussion zu Vereinbarungen über Vorschläge und Empfehlungen an die Stadt hinzuführen.

Einreichung von Vorschlägen und Empfehlungen an die Stadt

Die Mitglieder des Beirates einigen sich auf Vorschläge oder Empfehlungen, die der Stadtregierung oder dem Stadtparlament vorgelegt werden.

Es wird empfohlen, zunächst mit begrenzten und realistischen Zielen und Initiativen zu beginnen, um konkrete Ergebnisse erreichen zu können (der Beirat einer Stadt hat als Beispiel genannt: die Entwicklung eines mehrsprachigen Leitfadens für Lehrer/innen zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Lehrer/innen und Eltern). Diese kleinen Erfolge tragen dazu bei, das Team des Beirats zu stärken und die gegenseitige Achtung und das Vertrauen zwischen städtischen Behörden und dem Beirat auszubauen.

Es ist wichtig, dass andere öffentliche Stellen, die sich mit verwandten Themen beschäftigen, regelmäßig über die Aktivitäten des Migrant/innenbeirates informiert werden. Investieren Sie in regelmäßigen Austausch und Kontakt mit verschiedenen öffentlichen Einrichtungen (z.B. auch der Polizei), da ihre Unterstützung für die Erreichung anspruchsvollerer Initiativen notwendig ist.

DRANBLEIBEN

Outreach-Arbeit

Es ist wichtig, dass die Aktivitäten des Beirates nicht auf seine monatlichen Treffen beschränkt sind. Um eine aktive Rolle im Stadtgeschehen einzunehmen, müssen zwischen den Treffen andere Aktivitäten stattfinden.

- Kontaktaufnahme mit Migrant/innen, Migrant/innenverbänden, Gemeinschaftsorganisationen, Unterstützungsangeboten usw.
- Besuch von Migrant/innenverbänden, Teilnahme an Veranstaltungen
- Bereitstellung von Informationen über den Migrant/innenbeirat und seine Aufgaben
- Organisation von Netzwerkveranstaltungen, Konferenzen und Sensibilisierungsmaßnahmen

Der Migrant/innenbeirat sollte sich seiner Pflichten und seiner Rolle bewusst sein, als

- ein Beirat, der eine Brücke über verschiedene Interessensgruppen hinweg bietet
- ein Vertreter der Interessen der Migrant/innenbevölkerung
- ein Expert/innengremium, das klare Positionen einnimmt
- ein aktiver Beirat, der mit Vorschlägen auf die Politik zugeht

RISIKEN, HERAUSFORDERUNGEN

Eine große Herausforderung, die in der Struktur des Beirats als beratendem Gremium liegt, ist der Mangel an Durchsetzungsbefugnissen. Der Beirat hat nur eine beratende Funktion. Der Einfluss des Beirats hängt in hohem Maße vom Stellenwert ab, den ihm die Stadt einräumt.

LÖSUNGSANSÄTZE

Verhandeln Sie, dem Beirat das Recht einzuräumen, im Stadtparlament zu sprechen und das Recht, Petitionen einzubringen (siehe Teil zur Vorbereitung des Konzepts - Umsetzung, Rechte und Pflichten). Ein Vorteil des beratenden Status ist, dass der Beirat seine Meinung frei äußern kann.



RISIKEN, HERAUSFORDERUNGEN

LÖSUNGSANSÄTZE

Vorschläge des Migrant/innenbeirats werden nicht gehört.

Durch den Beirat: Treten Sie an Einzelpersonen aus politisch offeneren Parteien heran, die Sie unterstützen könnten, ihre Partei von einem Vorschlag zu überzeugen. Denken Sie daran, dass Parteien den Verlust von Stimmen befürchten und beginnen Sie daher mit Anregungen, die einfach umzusetzen und nicht zu kontrovers sind.

Seien Sie gut vorbereitet für Sitzungen der städtischen Gremien und präsentieren Sie gut durchdachte Empfehlungen. Vernetzen Sie sich mit anderen beratenden Beiräten der Stadt und legen Sie ggf. gemeinsame Empfehlungen vor.

Reagieren Sie nicht nur, sondern seien Sie proaktiv und nehmen Sie die Initiative in die Hand, der Stadt Empfehlungen vorzulegen.

Treffen des Migrant/innenbeirats sind für die Öffentlichkeit zugänglich, aber niemand nimmt teil.

Halten Sie die Treffen an verschiedenen Orten ab, z.B. über rotierende Besuche in verschiedenen Migrant/innenverbänden. Halten Sie persönlichen Kontakt mit Vereinen, religiösen Gemeinschaften, Schlüsselpersonen usw.

Vorbereitung des Arbeitsprogramms.

Bleiben Sie in Kontakt mit der Zielgruppe und fragen Sie nach Anregungen, Impulsen und Ideen, um das tägliche Leben von Migrant/innen in der Stadt zu verbessern (z.B. „Wie ist Ihre Wohnsituation?“, „Wie geht es Ihren Kindern in der Schule?“, „Haben Sie Schwierigkeiten, wichtige Informationen zu verstehen; in welchen Situationen?“)

RISIKEN, HERAUSFORDERUNGEN

LÖSUNGSANSÄTZE

Ressourcen sind unzureichend, um gute Arbeit leisten zu können (z.B. für die Vorbereitung und Ausarbeitung von Empfehlungen und Stellungnahmen, Outreach-Arbeit, Vernetzung und Lobbyarbeit).

Durch die Stadt: Dem Migrant/innenbeirat angemessene Mittel zur Verfügung stellen, um von seinem Fachwissen zu profitieren. Hochwertige Arbeit erfordert ausreichende Ressourcen. In einer Stadt von ca. 250.000 Einwohner/innen bedarf dies etwa 3 Vollzeitstellen. Es wird vorgeschlagen, dass diese in zwei Vollzeitstellen für die Geschäftsstelle und 2 Teilzeitstellen für die gewählten Mitglieder des Beirats aufgeteilt werden. Gewähren Sie außerdem Aufwandsentschädigungen.

Die Kenntnis der Landessprache ist nicht ausreichend, um technische, rechtliche und politische Texte zu verstehen. Den gewählten Beiratsmitgliedern fehlt die Erfahrung mit den lokalen politischen Prozessen. Bürokratische Herausforderungen.

Informieren Sie Migrant/innen, Verbände und potenzielle Kandidat/innen über die Qualifikationen, die für ein Mitglied des Migrant/innenbeirats wichtig sind. Diskutieren Sie, ob Migrant/innen, die die Staatsbürgerschaft annehmen, immer noch berechtigt sein sollen, gewählt zu werden (pro und kontra dazu siehe oben). Diskutieren Sie, ob erfahrene Politiker/innen (z.B. ehemalige Mitglieder des Beirats, die nach Erlangung der Staatsbürgerschaft eine politische Laufbahn fortgesetzt haben) als Trainer/innen eingeladen werden können.

Unterrepräsentation von Frauen im Migrant/innenbeirat.

Gehen Sie aktiv auf Frauenorganisationen zu und fördern Sie die Aufstellung von Kandidatinnen.

RISIKEN, HERAUSFORDERUNGEN

LÖSUNGSANSÄTZE

Widerstreitende Interessen und Meinungen unter den Mitgliedern des Beirats, die unterschiedliche Migrant/innen-Communities vertreten.

Sensibilisierung unter den gewählten Mitgliedern, dass eine gemeinsame Position stärker ist. Zugleich Anerkennung und Respekt, dass es andere Meinungen geben kann.

Es ist die Rolle des/der Vorsitzenden, die Diskussionen zu gemeinsamen Empfehlungen an die Stadt hinzuleiten. Stellen Sie klar, dass Kompromisse notwendig sind und der Beirat in einer besseren Position ist, wenn er mit einer Stimme spricht. Neben der Kooperation im Beirat sind die vertretenen Gruppen/Gemeinschaften immer noch autonom bei der Forderung ihrer individuellen Interessen. Konzentrieren Sie die Beiratsarbeit auf gemeinsame Interessen.

Ein Ungleichgewicht in den Machtverhältnissen zwischen Mitgliedern des Beirats. Die Geschäftsstelle übernimmt die Entscheidungsfindung.

Laden Sie Mitglieder der lokalen NGOs in die Sitzungen des Migrant/innenbeirates ein, um die Rolle eines neutralen Vermittlers einzunehmen und/oder das Treffen zu moderieren. Entwickeln Sie Schulungen für die Mitglieder des Beirats.

Beiratsmitglieder kommen nicht zu Treffen.

Durch die Stadt: Nehmen Sie den Migrant/innenbeirat und seine Empfehlungen ernst, um die ehrenamtlichen Beiratsmitglieder zu motivieren, sich aktiv zu beteiligen.

Durch den Migrant/innenbeirat: Der/Die Vorsitzende muss die Mitglieder an ihre Verantwortung erinnern.

RISIKEN, HERAUSFORDERUNGEN**LÖSUNGSANSÄTZE**

Enttäuschung und unerfüllte Erwartungen bei Migrant/innen in der Bevölkerung.

Informieren Sie über die begrenzten Befugnisse des Migrant/innenbeirats. Der Beirat ist ein Mittel für Migrant/innen, um Anliegen vorzubringen und Empfehlungen abzugeben, nicht mehr und nicht weniger. Kommunizieren Sie, was realistisch möglich ist, und präsentieren Sie Errungenschaften bei verschiedenen Veranstaltungen sowie durch im direkten Austausch mit Migrant/innenverbänden.

Kontakt zu den Migrant/innen in der Stadt halten.

Offene Bürozeiten und Sitzungen des Migrant/innenbeirats, die der Öffentlichkeit zugänglich sind. Halten Sie die Sitzungen an den Standorten der verschiedenen Migrant/innenverbände in einem fairen Rotationsprinzip ab.

Angesichts der wachsenden Popularität rechter Parteien, könnten andere politischen Parteien befürchten, dass die Unterstützung des Migrant/innenbeirat ihnen Stimmen kostet. Es gibt politische Kräfte, die den Migrant/innenbeirat abschaffen wollen.

Lobbyarbeit und intensive Zusammenarbeit mit wohlgesonnenen Politiker/innen. Kompetente, qualitativ hochwertige Arbeit. Sicherstellen, dass der Migrant/innenbeirat in der Bevölkerung bekannt ist, sowohl bei Migrant/innen als auch bei anderen. Empfehlungen geben, die realistisch umgesetzt werden können.

SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG

Die Interviewpartner/innen nannten folgende Erfolgsfaktoren:

- Ein rechtlich fundiertes Modell, das die Zusammenarbeit klar definiert (Klarheit über die Rechte und Pflichten, die für das Stadtparlament, die lokalen Politiker/innen, die Stadtverwaltung und den Migrant/innenbeirat in der Zusammenarbeit gelten)
- Der/Die Bürgermeister/in macht die Zusammenarbeit mit dem Beirat zu einem ‚Top-Level-Thema‘ und übergibt zusätzlich einer Mitarbeiterin/einem Mitarbeiter die Verantwortung für die kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem Beirat
- Ausreichende Ressourcen für qualitativ hochwertige Arbeit
- Regelmäßige und häufige Treffen des Migrant/innenbeirats (mindestens auf monatlicher Basis)
- Der politische Wille der städtischen Verantwortlichen, den Migrant/innenbeirat als eine kommunale, demokratische Pflicht und nicht als einen Akt der Wohltätigkeit zu verstehen
- Ein guter Kommunikationsfluss zwischen der Stadt, dem Beirat und den vertretenen Migrant/innen
- Guter Kontakt mit städtischen Verwaltungsmitarbeiter/innen, die in relevanten Bereichen tätig sind, da ihre Unterstützung für die Erreichung von Zielen erforderlich ist
- Die Stadtbehörden müssen den Migrant/innenbeirat ernst nehmen, um sicherzustellen, dass die ehrenamtlichen Beiratsmitglieder motiviert sind, sich mit Zeit und Engagement in diese Arbeit einzubringen. Umgekehrt muss der Migrant/innenbeirat qualifizierte Arbeit leisten, um von den Stadtbehörden ernst genommen zu werden.
- Aktive Rolle der Beiratsmitglieder, insbesondere einer/eines aktiven Vorsitzenden

WIRKUNG UND ERGEBNIS

Ein Migrant/innenbeirat fördert die Interessen und Anliegen der migrantischen Bevölkerung der Stadt. Die Entscheidungsträger/innen sind sich der Bedürfnisse der Bevölkerung besser bewusst und die entwickelten Politiken spiegeln dieses Bewusstsein wider. Empfehlungen und Vorschläge des Migrant/innenbeirats werden angenommen. Migrant/innen sind der Ansicht, dass ihre Interessen in der Stadt besser vertreten sind und dass die Arbeit des Migrant/innenbeirats ihre Lebenssituation verbessert hat. Innerhalb des Migrant/innenbeirats und über seine Aktivitäten wird die Zusammenarbeit der Migrant/innenvereine und -Communities gefördert.

Um einen Einfluss zu erzielen, reicht es nicht aus, sich die Anliegen der Migrant/innen nur anzuhören. Die Stadt muss tatsächliche Schritte unternehmen, um diese Anliegen zu bearbeiten und Probleme zu lösen. Folgende Indikatoren deuten auf die Wirkung hin:

- Beiratsmitglieder werden von den Entscheidungsträger/innen der Stadt ernst genommen. Vorschläge des Migrant/innenbeirats werden ernsthaft diskutiert. Der Beirat wird um seine Meinung gebeten.
- Der Beirat initiiert ernsthafte und konstruktive Diskussionen über Fragen, die für Migrant/innen in der Stadt wichtig sind.
- Empfehlungen des Migrant/innenbeirats werden umgesetzt.
- Empfehlungen des Migrant/innenbeirats führen zu wirksamen und umfassenden Strategien zur Bekämpfung von Diskriminierung.
- Entscheidungsträger/innen sind sich bewusst, welche Auswirkungen die Politik auf ausländische Einwohner/innen hat. Die getroffenen Entscheidungen berücksichtigen diese Wirkungen.
- Angehörige von Minderheiten fühlen sich durch den Migrant/innenbeirat vertreten.
- Die Wahlbeteiligung bei Wahlen zum Migrant/innenbeirat steigt.
- Migrant/innen in der Stadt erleben Verbesserungen im Alltag.
- Chancengleichheit wird gefördert, erhöht und/oder tatsächlich erreicht.
- Bessere Zusammenarbeit zwischen Migrant/innenvereinen und -Communities.

Es wird vorgeschlagen, dass eine Evaluierung beispielsweise durch Erhebungen unter den in der Stadt lebenden Migrant/innen durchgeführt werden. Diese sollten durch Erhebungen der Gesamtbevölkerung ergänzt werden.

QUELLEN UND BEISPIELE

Graz (AT) Migrant/innenbeirat

<http://www.graz.at/cms/beitrag/10025961/414913/>

Geschäftsordnung

http://www.graz.at/cms/dokumente/10023927_414913/585a01e5/GO%20MigrantInnenbeirat.pdf

Landesgesetz betreffend die Einrichtung von Ausländerberäten in der Steiermark

http://www.graz.at/cms/dokumente/10023927_414913/4eb477e0/Landesgesetz%201999_Einrichtung_.pdf

Leipzig (DE) MigrantInnenbeirat der Stadt Leipzig

<http://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/stadtrat/fachbeiraete/migrantenbeirat/#>

Potsdam (DE) MigrantInnenbeirat der Stadt Potsdam

<http://www.potsdam.de/content/migrantenbeirat-der-landeshauptstadt-potsdam>

Freiburg (DE) MigrantInnen- und MigrantInnenbeirat der Stadt Freiburg

http://www.freiburg.de/pb/site/freiburg_mundenhof/node/413950/Lde/migrantenbeirat.html

AGARP Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (Deutschland)

Die AGARP ist der Landesverband der kommunalen Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz. Die Beiräte für Migration und Integration vertreten die Belange der zugewanderten Bevölkerung in ihrer Gemeinde oder ihrem Landkreis und werden alle fünf Jahre direkt von den Einwohner_innen mit Migrationsgeschichte (Ausländische Einwohner_innen, Spätaussiedler_innen, Doppelstaatler_innen, Eingebürgerte, sowie die Kinder der genannten Personen) gewählt. Rechtsgrundlage dafür ist die rheinland-pfälzische Gemeindeordnung (§ 56) bzw. Landkreisordnung (§ 49a), die die Wahl der Beiräte für Migration und Integration vorschreibt. Auch in anderen Bundesländern gibt es Ausländer-/Migrations- bzw. Integrations(bei)räte. Derzeit existieren etwa 400 dieser kommunalen Gremien in der gesamten Bundesrepublik.

<http://agarp.de/index.html>

Athen (GR): Beirat zur Integration von Migrant/innen (Griechisch)

Beirat zur Integration von Migrant/innen ist ein Beratungsgremium auf kommunaler Ebene. In dem Beirat sind Vertretungsorganisationen von Migrant/innen, andere kommunale Berater/innen und Vertreter/innen von zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich mit dem Thema befassen, vertreten. Der Beirat soll helfen, die Anliegen der in der Stadt lebenden Migrant/innen aufzuzeigen und eine bessere Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen.

<https://www.cityofathens.gr/katoikoi/allodapoi-metanastes>

Nantes (FR): Conseil Nantais pour la Citoyenneté des Etrangers (CNCE) (Französisch)

Die Gründung des Forums für ausländische Bürger/innen (Conseil Nantais pour la Citoyenneté des Etrangers (CNCE)) war das Resultat eines starken politischen Engagements von nicht-EU Staatsbürger/innen, die in den französischen lokalen Wahlen nicht wahlberechtigt waren. Das CNCE, das ausländische Staatsbürger/innen, Stadträte und Expert/innen umfasst, ist ein wichtiges Vehikel für den Bürger/innendialog in Nantes. Es erlaubt Stadtbewohner/innen aus nicht-EU Staaten, aktiv am Stadtleben teil zu haben und trägt damit zu Gleichheit, einer Willkommenskultur und Integration bei.

<http://www.nantes.fr/cnce>

Stockholm (SW) Kommunstyrelsens råd för mänskliga rättigheter (Schwedisch)

<http://www.stockholm.se/OmStockholm/Politik-och-demokrati/Sa-arbetar-kommunstyrelsen-/Kommunstyrelsens-rad-for-manskliga-rattigheter/>

Warum ist es
notwendig?

Vorbereiten

Umsetzen

Dranbleiben

NOTIZEN

NOTIZEN

